

Organisation aufbauen

Im Rahmen des NKI-Projekts „Instrumente für die kom­munale Klimaschutzarbeit“ (IkKa)

|  |
| --- |
| Stand November 2024 |

# Neun Etappen, ein Ziel

Zahlreiche kommunale Verwaltungen haben sich das Ziel gesetzt, in ihrem direkten Ein­flussbereich treibhausgasneutral zu werden. Der Weg dorthin ist herausfordernd und führt auch in unbekanntes Terrain. Neue Inhalte, Prozesse und Kompetenzen müssen in der Verwaltung aufgebaut und verankert werden. Die dafür notwendigen Aufgaben lassen sich in neun klar abgrenzbare Etappen gliedern (siehe Abbildung). Die Gliederung der Etappen orientiert sich am Leitfaden „Auf dem Weg zur Treib­hausgasneutralen Ver­waltung“ des Umweltbundesamtes. Eine Etappe ist „Organisation aufbauen“.

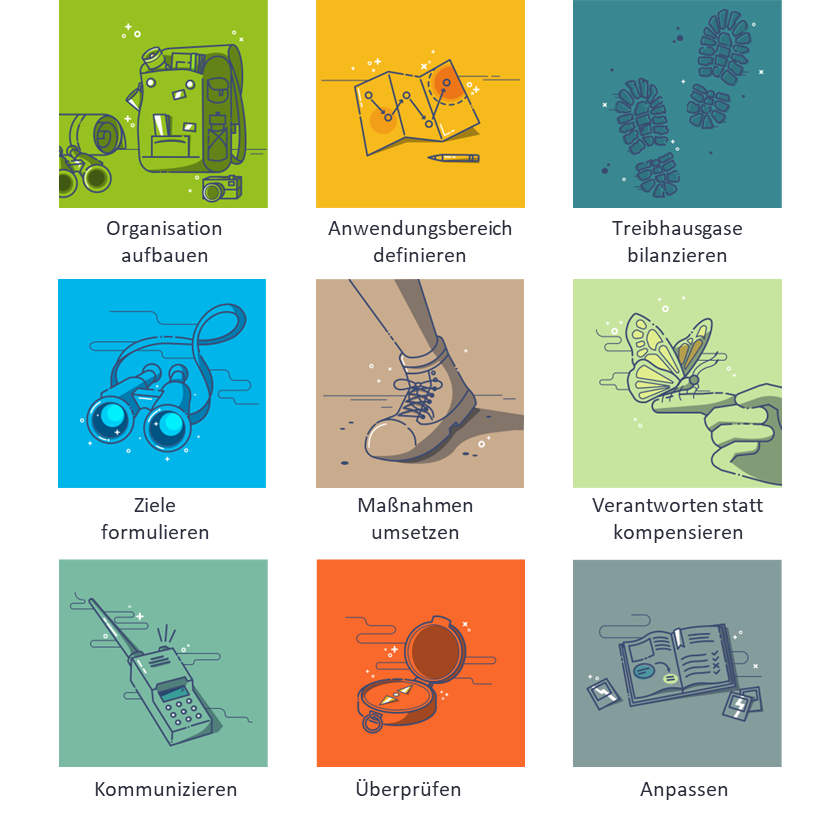


Abbildung 1: Die neun Etappen auf dem Weg zur treibhausgasneutralen Verwaltung

# Vorlage/Beispiel für einen Grundsatzbeschluss

*Bearbeitungshinweis: Text kopieren, in ein neues Dokument einfügen, Layout und Schriftarten anpassen, ggf. Logo einfügen und inhaltlich anpassen.*

Amt / Aktenzeichen Datum Vorlage Nr.

… / ……… xx.xx.20xx …

Betreff:

Treibhausgasneutrale Stadt/Gemeinde/Kreis-Verwaltung von X

Beschlussvorschlag:

Der **Stadt/Gemeinde/Kreis-Tag von X**

a) erkennt an, dass kommunale Verwaltungen eine besondere Vorbildrolle beim Er­reichen von Klimaschutzzielen haben.

b) erklärt die Senkung von klimaschädlichen Treibhaugasemissionen von und die nach­haltige Ausgestaltung der Verwaltungstätigkeit als zentrale Zukunftsaufgabe.

c) verpflichtet die Stadt/Gemeinde/Kreis-Verwaltung, bis zum **Jahr X (oder schnellst­möglich)** treibhausgasneutral zu werden. Dies umfasst alle Bereiche, die der direkten Kontrolle der Stadt/Gemeinde/Kreis-Verwaltung unterliegen, darunter insbesondere eigene Liegenschaften, Fuhrparks, Infrastrukturen, Eigenbetriebe und sonstige Ein­richtungen.

d) beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines tragfähigen Konzeptes für den Weg zur Treibhausgasneutralität in den eigenen Zuständigkeiten sowie mit der Vorlage einer Startbilanz zur Darstellung der Ausgangslage.

Zur Erreichung der gesetzten Ziele werden ausgehend von der Analyse der Ausgangslage Maßnahmen mit konkreten Handlungsschritten ausgearbeitet und mit Zuständigkeiten versehen. Die Maßnahmen werden in Bezug auf ihren Einfluss auf die Zielerreichung priorisiert. Für die Koordination sowie die Umsetzung werden in der Verwaltung Personalkapazitäten und Sachmittel bereitgestellt, eingeplant und verstetigt. Die Treibhaugas­bilanz wird kontinuierlich fortgeschrieben und der Beitrag der Maßnahmen zur Ziel­erreichung jährlich überprüft, bewertet und angepasst. Der Prozess wird als Gemeinschaft­saufgabe verstanden und durch die gesamte Verwaltung getragen. Die Notwendigkeit, Erfolge und Herausforderungen werden glaubwürdig kommuniziert. Fördermittel von Bund und Land werden aktiv eingeworben.

Begründung:

Der Klimawandel stellt eine der größten Herausforderungen unserer Zeit dar und zeigt sich bereits heute in Form extremer Wetterereignisse, steigender Meeresspiegel und gravierender Auswirkungen auf Ökosysteme und die menschliche Gesundheit. Ohne eine drastische Reduktion der Treibhausgasemissionen werden diese Folgen weiter zu­nehmen und sowohl die Lebensqualität der heutigen als auch der zukünftigen Generationen erheblich beeinträchtigen.

Die **Stadt/Gemeinde/Kreis-Verwaltung X** erkennt an, dass die bisherigen Maßnahmen zum Klimaschutz nicht ausreichen, um die globalen Klimaziele zu erreichen. Daher ist es dringend notwendig, den Klimaschutz als zentrale Zukunftsaufgabe zu betrachten und entschlossene Schritte zu unternehmen, um die Treibhausgasemissionen signifikant zu senken.

Als öffentlicher Verwaltungsträger hat die **Stadt/Gemeinde/Kreis-Verwaltung X** eine be­sondere Vorbildfunktion. Durch die konsequente Umsetzung von Klimaschutzmaß­nahmen kann sie nicht nur ihre eigenen Emissionen reduzieren, sondern auch als positives Beispiel für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen dienen. Dies stärkt das Vertrauen in die Verwaltung und motiviert andere Akteure, ebenfalls aktiv zum Klimaschutz beizu­tragen.

Um die Ziele des Pariser Abkommens zu unterstützen und die globale Erwärmung auf deutlich unter 2°C, idealerweise auf 1,5°C, zu begrenzen, verpflichtet sich die **Stadt/Ge­meinde/Kreis-Verwaltung X**, bis zum **Jahr X (oder schnellstmöglich)** treibhausgas­neutral zu werden. Dies umfasst alle Bereiche, die der direkten Kontrolle der Verwaltung unterliegen, darunter insbesondere eigene Liegenschaften, Fuhrparks, Infrastrukturen, Eigenbetriebe und sonstige Einrichtungen.

Ein umfassendes Konzept wird entwickelt, um konkrete Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen zu identifizieren und umzusetzen. Dazu gehört die Senkung der Energieverbräuche, die energetische Sanierung von Gebäuden, die Umstellung auf erneuerbare Energien, die Förderung nachhaltiger Mobilität und die Einführung klima­freundlicher Beschaffungsrichtlinien. Die kontinuierliche Überwachung und Anpassung der Maßnahmen durch jährliche Berichte stellt sicher, dass die Ziele erreicht und not­wendige Korrekturen rechtzeitig vorgenommen werden.

Die Bereitstellung von Personalkapazitäten und Sachmitteln sowie die aktive Einwerbung von Fördermitteln von Bund und Land sind essenziell, um die Umsetzung der Maßnahmen zu gewährleisten. Der Prozess wird als Gemeinschaftsaufgabe verstanden und durch die gesamte Verwaltung getragen. Eine transparente Kommunikation über Notwendigkeit, Erfolge und Her­ausforderungen stärkt das Bewusstsein und die Akzeptanz in der Bevölkerung.

Durch diese Maßnahmen leistet die **Stadt/Gemeinde/Kreis-Verwaltung X** einen ent­scheidenden Beitrag zum Klimaschutz und zur Sicherung der Lebensgrundlagen für kommende Generationen.

Impressum

Herausgeber

Leipziger Institut für Energie GmbH  
Lessingstraße 2   
04109 Leipzig

Redaktion

Marion Elle und Ilka Erfurt

Gestaltung

Mai und März GmbH

Bildnachweise

Titelbild: Mai & März GmbH / Generiert mit KI

Stand

Dezember 2024

Projekt

Erarbeitet im Rahmen des Projektes „Instrumente für die kommunale Klimaschutzarbeit (IkKa), gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und die Nationale Klimaschutzinitiative aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages, Förderkennzeichen: 03KF0138B

Projektkonsortium:

Ifeu – Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg gGmbH, Wilckensstraße 3, 69120 Heidelberg, www.ifeu.de

Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder | Alianza del Clima e.V., Eschborner Landstr. 42-50, 60489 Frankfurt/M., www.klimabuendnis.org

Leipziger Institut für Energie GmbH, Lessingstraße 2, 04109 Leipzig, www.ie-leipzig.com

<https://www.ie-leipzig.com/auf-dem-weg/>